

Biegsam und hart zugleich – wie Damaszener Stahl



Politik und Menschenrechte in Syrien

*Veit Raßhofer lebt in Hamburg
und ist Mitherausgeber der
Zeitschrift für den Orient - Zenith
(www.zenithonline.de).*

Auch wenn es verfehlt wäre, aus diesem Ergebnis weitergehende Schlüsse zu ziehen als den, dass da nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein konnte – das syrische Regime erfreut sich heutzutage tatsächlich großer Zustimmung bei den Einwohnern des Landes. Kein Zweifel, das Regime hat sich gegenüber großen Teilen der syrischen Bevölkerung gut verkauft. Und die äußeren Umstände haben das noch begünstigt.

Im Jahr 2000 gab es viele Stimmen, die dem syrischen Regime keine lange Lebensdauer mehr zubilligten. Baschar al-Assad, der damals seinem Vater auf den Präsidentensessel folgte, war als ein Außenseiter angesehen worden, dem die notwendigen intimen Kenntnisse der Machtstrukturen und die erforderlichen Beziehungen fehlten. Dazu sprühten oppositionelle Zirkel, taten sich intellektuelle hervor und zusammen, die alle eines forderten: die Demokratisierung des politischen Systems.

Damaszener Frühling

Und zuerst wurden diese Zirkel auch geduldet. Schnell fand sich ein prägnanter Begriff für dieses Phänomen: alle sprachen nun vom „Damaszener Frühling“. Die Analogie zum „Prager Frühling“ liegt auf der Hand, schade nur, dass sie sich als allzu wahr erweisen sollte. Denn kaum hatte sich das Regime unter dem neuen Präsidenten einigermaßen konsolidiert, war es auch schon wieder vorbei mit den gerade gewonnenen Freiheiten. Ein halbes Jahr nach dem Machtantritt wurden alle demokratischen Bestrebungen nie-

dergeschlagen, die Protagonisten dieser Bewegung erhielten lange Haftstrafen.

Das politische System, die Einparteiensherrschaft der Baath-Partei unter ihrem Präsidenten, blieb unantastbar. Die Macht konzentriert sich heute mehr noch als zu Zeiten seines Vaters in der unmittelbaren Umgebung Baschar al-Assads, in der direkten Verwandtschaft. In einigen gesellschaftlichen Bereichen allerdings gab es zögerliche, oft nur unzureichend umgesetzte Reformen. Von der Neuordnung der Wirtschaftspolitik profitierte zuallererst die neue Machtelite (deren Angehörige sich gerne auch als „Geschäftsleute“ und „Technokraten“ bezeichnen), der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre ist aber auch für die breite Bevölkerung zumindest in den Städten sichtbar.

Tünche für die Diktatur

Auch die Selbstinszenierung des Regimes wurde einer Modernisierung unterzogen. Die libanesischen Proteste gegen die fortdauernde syrische Besatzung im Frühjahr 2005 erhielten breiten Raum in der Berichterstattung, ebenso wie die prosyrischen, von der Hisbollah organisierten Demonstrationen und die antisyrischen Exzesse der sogenannten Zedernrevolution. Über die Arbeit der UN-Kommission zur Untersuchung des Mordes am früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri (das Attentat am 14. Februar 2005 hatte die gegen die syrischen Besatzer gerichteten Proteste erst ins Rollen gebracht) wurde ausführlich berichtet. Die maßgeblichen

**Bei den syrischen
Präsidentenwahlen
vom 30. Mai 2007 fuhr
der seit dem Jahr 2000
amtierende Baschar al-
Assad einen haushohen
Sieg ein. Er war der
einzige Kandidat bei
diesen Wahlen.**

**Nach offiziellen Angaben
beteiligten sich mehr
als 95 Prozent aller
Berechtigten an dieser
Wahl, und davon
gaben 97,6 Prozent ihre
Stimme dem bisherigen
Präsidenten.**

**Wo gibt's denn so was
noch, außer in Syrien?**

SYRIEN

Politiker treten häufig selbst im Fernsehen auf, in Talkshows werden verschiedene Standpunkte, auch die von Oppositionellen, diskutiert – und regelmäßig verworfen, stimmen sie nicht mit der offiziellen Politik überein. Sogar über die Prozesse gegen Oppositionelle wird heute offen berichtet. Auch wenn die Angeklagten dabei immer als Verschwörer und Verräter gebrandmarkt werden, ist diese Linie neu und wäre früher undenkbar gewesen. Es gibt in den syrischen Medien heute viel „gefühlte“, aber wenig echte Freiheit.

Nicht umsonst beruft sich das syrische Regime gerne auf das „chinesische Modell“. Und wird China wegen seiner wirtschaftlichen Macht heute oft als unantastbar angesehen, so darf sich auch das syrische Regime mittlerweile so fühlen. Die außenpolitischen Umstände spielen ihm seit einiger Zeit unausweichlich in die Hände. Aktive Bemühungen um einen „regime change“, der lange von US-amerikanischen Konservativen zur Debatte gestellt wurde, braucht man in Syrien angesichts des Desasters der Besatzungstruppen im Irak vorerst nicht mehr zu fürchten. Nach innen hin kann die widerstrebende Haltung der Regierung gegenüber dem Sturz Saddam Husseins als weitsichtig und weise dargestellt werden. Und nach dem Krieg Israels gegen die Hisbollah im Sommer 2006 dürfte die Behauptung, syrische Truppen seien zu Libanons Schutz dort stationiert gewesen, an Glaubwürdigkeit gewonnen haben.

Die unbürokratische Aufnahme von etwa 1,5 Millionen Flüchtlingen aus dem Irak wird nun zwar schrittweise eingeschränkt (die Gültigkeitsdauer der Einreisevisa wurde von drei Monaten auf einen verkürzt, dazu können sie ab September nicht mehr wie bisher direkt an der Grenze ausgestellt werden, sondern nur noch bei der syrischen Botschaft in Bagdad) und brachte einige Risiken mit sich – etwa steigende Mieten sowie Im-

mobilien- und Lebensmittelpreise, was die bisher äußerst positive Haltung der Syrer gegenüber den Flüchtlingen langsam zu beeinträchtigen scheint. Doch wiederum kann sich das Assad-Regime der eigenen Bevölkerung, aber auch dem arabischen Ausland, als einzig wahre Vertretung arabischer Interessen präsentieren.

Mehr Macht, mehr Repression

Das syrische Regime hat beträchtliches Geschick bewiesen, seine Macht zu konsolidieren. Wer aber nun denkt, nun sei eine Entspannung auch in innenpolitischer Hinsicht zu erwarten, dürfte enttäuscht werden. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Je stärker sich die Mächtigen fühlen, desto weniger Freiraum geben sie offensichtlich Forderungen nach politischen Reformen.

Nach dem 10. Parteitag der Baath im Juni 2005, an den viele Hoffnungen auf Veränderung geknüpft worden waren, wurde ein neues Parteiengesetz eingeführt: Parteien dürfen demnach nicht auf ethnischer oder religiöser Basis gegründet sein, was der kurdischen und islamischen Opposition die politische Willensbildung erschwert. Die Mitgliedschaft in einer Partei (außer in der Baath) zieht das

Verbot nach sich, im öffentlichen Sektor zu arbeiten. Parteien dürfen nicht unter Auslandssyrern um Anhang werben. Parteien, die vor 1963 bestanden oder die die Baath jemals kritisiert haben, bleiben verboten.

Appelle, den seit 1963 bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben und das außerhalb des gesetzlichen Rahmens stehende Staatssicherheitsgericht – an dem alle politisch sensiblen Verfahren verhandelt werden, das regelmäßig unter Folter gewonnene Geständnisse bei der Urteilsfindung einsetzt und an dem die Rechte der Angeklagten stark eingeschränkt sind – abzuschaffen, verhallen regelmäßig ungehört.

Haft für Menschenrechtler

So geschah das auch im Fall einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. Mai 2007. Konkreter Anlass für die Verabschiedung dieses Dokuments war die Verurteilung von vier Unterzeichnern der sogenannten „Beirut-Damaskus-Erklärung“, des Schriftstellers Michel Kilo und der Bürgerrechtler Mahmoud Issa, Hasan (oder Suleiman) al-Shammar und Khalil Hussein zehn Tage zuvor. Die ersten beiden erhielten je drei Jahre, die anderen zwei je zehn Jahre Haft auferlegt. Begründung: Sie hätten die nationale Moral beschädigt und zu Sektierertum angestiftet, außerdem Syrien feindlichen Aktivitäten ausgesetzt. Die besagte Erklärung, die genau ein Jahr zuvor veröffentlicht worden war, was zur sofortigen Verhaftung der nun Beschuldigten geführt hatte, strebte dabei nichts weiter als eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Libanon und Syrien an.

Aktive Bemühungen um einen „regime change“, der lange von US-amerikanischen Konservativen zur Debatte gestellt wurde, braucht man in Syrien angesichts des Desasters der Besatzungstruppen im Irak vorerst nicht mehr zu fürchten.

» Fortsetzung von Seite 31 »

8. Im August 2006 wurden mehr als 1.200 Kinderbücher in Form von 25 Pippi-Langstrumpf-Titeln aus Schweden, welche ins Kurdische übersetzt worden waren, durch den türkischen Zoll in Istanbul beschlagnahmt, da die nötige Genehmigung des Ministeriums für Bildung zur Einfuhr kurdischer Bücher nicht vorliege. Die Organisation Komak, die sich für die Bildung kurdischer Kinder in der Türkei engagiert, wollte die Titel in die Büchereien von fünf kurdischen Dörfern bringen. Die Bücher wurden erst Anfang Juni 2007 auf Intervention des schwedischen Außenministeriums freigegeben.

9. Zu welch absurden Reaktionen türkischer Nationalismus führen kann zeigt anschaulich die Diskussion in Medien und im Ministerium für Umweltangelegenheiten vom März 2005, manche international anerkannte lateinische Namen aus Flora und Fauna wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu ändern. Die Lateinischen Namen lauteten: „*vulpes vulpes kurdistanica*“, „*ovis armeniana*“ und „*capreolus capreolus armenius*“. Letztendlich wurde klargestellt, dass eine derartige Änderung nicht in Betracht kommt. In früheren Zeiten beschäftigten Begriffe aus Flora und Fauna schon die Gerichte: Edip Polat hatte 1992 ein auf wissenschaftlichen Nachforschungen beruhendes Buch veröffentlicht, in dem ca. 100 Pflanzen und 20 Tiere mit separatistisch anmutenden Namen veröffentlicht wurden, zu welchem der bekannte Soziologe Dr. Ismail Besikci ein Vorwort verfasst hatte. Dreimal wurden die beiden Autoren durch das Staatssicherheitsgericht freigesprochen, dreimal wurde der Freispruch durch den Kassationsgerichtshof aufgehoben, bis am Ende eine Verurteilung gem. Art. 8 Anti-Terror-Gesetz zu 20 Monaten Haft, welche in Geldstrafe umgewandelt wurde, erfolgte.

Am gleichen Tag wurden drei weitere Angeklagte verurteilt. Yasir Mardilli und Yasir al-Olabi zu drei bzw. fünf Jahren Haft, mit der Begründung, sie gehörten einer Geheimorganisation an, die das Ziel verfolge, das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des Landes zu verändern. Das deutet darauf hin, dass sie als religiöse Dissidenten angeklagt waren – es ist der „Standardvorwurf“ gegenüber diesem Teil der Opposition. Khaldun al-Fawwal erhielt 15 Jahre Gefängnis als Strafe, da er (geheime) Informationen über Syrien an einen feindlichen Staat verraten habe.

Was gab es seit Mai an staatlicher Repression? Zu viel, um hier detailliert darüber berichten zu können. Ein paar Auszüge:

» Am vierten Juli 2007 wird der Leichnam von Abdul Moez Salem dessen Angehörigen übergeben. Das Begräbnis findet unter Aufsicht des militärischen Sicherheitsdienstes statt, der Familie wird nicht erlaubt, den schwarzen Leichensack zu öffnen. Salem war vor zwei Jahren verschwunden, es wird vermutet, dass er gefoltert worden war.

» Am 28. Juli 2007 wird der Übersetzer Ali al-Barazi vom Militärgeheimdienst zum Verhör vorgeladen. Seither ist er verschwunden. Al-Barazis Büro erarbeitet unter anderem arabische Übersetzungen für die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (allerdings nur Dokumente, die nicht Syrien betreffen)

» Am 29. Juli 2007 gibt das Staatssicherheitsgericht drei Urteile bekannt. Majed Sulaiman Bakri wird zu zehn Jahren Haft mit Zwangsarbeit und einer Geldstrafe verurteilt; er soll Geheimnisse, die die staatliche Sicherheit gefährden, verraten

haben (nebenbei: dies ist eine „beliebte“ Urteilsbegründung bei Journalisten und Bloggern).

» Ein führendes Mitglied der syrisch-kurdischen Yekiti-Partei, Ma'rouf Mulla Ahmed, wird am 12. August 2007 an der syrisch-libanesischen Grenze festgenommen. Details über die Gründe seiner Festnahme und seinen Verbleib sind nicht bekannt.

» Das *Syrian Human Rights Committee* berichtet am 14. August 2007, dass dem früheren Parlamentsmitglied Riyadh Seif, der nach der Niederschlagung des „Damaszener Frühlings“ im Gefängnis gesessen hatte, die Reiseerlaubnis verweigert wird. Seif leidet unter fortgeschrittenen Prostatakrebs und Herzbeschwerden und muss sich einer Behandlung unterziehen, die in Syrien nicht durchgeführt wird.

Diese Liste könnte fast endlos fortgesetzt werden. Der Selbsterhaltungstrieb der Bath-Diktatur ist äußerst ausgeprägt. Seit dem Antritt Baschar al-Assads hat sie teilweise bemerkenswerte Flexibilität entwickelt, ihren Gegnern gegenüber zeigt sie sich jedoch wie eh und je: mit kompromissloser Härte. Biigsam und hart zugleich – wie Damaszener Stahl.

